



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion der SPD

betreffend „Erdgassuche in Nordessen rechtssicher verhindern!“

Die Landesregierung wird ersucht im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann liegt der Landesregierung bzw. einer nachgeordneten Behörde die Klagebegründung von BNK gegen die Versagung der Aufsucherlaubnis vor?
2. Ist die Landesregierung bereit, den Mitgliedern des Umweltausschusses im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses am 22. August 2013 Einsicht in die Klagebegründung zu gewähren?
3. Im Antwortschreiben vom 26. Juli auf den Fragekatalog der SPD-Landtagsfraktion schreibt das Umweltministerium, dass die für die Fachaufsicht zuständige Abteilung des Umweltministeriums das RP Darmstadt bei diversen fachlichen Fragen unterstützt habe.
 - a) Um welche diversen fachlichen Fragen hat es sich dabei im Einzelnen gehandelt?
 - c) Wie war die Leitungsebene des Ministeriums eingebunden?
 - d) Ist es richtig, dass das Umweltministerium das RP Darmstadt aufgefordert hat, den gemeinsam erarbeiteten ablehnenden Bescheid in eigener Rechtsverantwortung zu erlassen?
4. Im besagten Antwortschreiben schreibt das Umweltministerium, dass im Zuge des Verfahrens im Regierungspräsidium Darmstadt unterschiedliche Auffassungen gab.
 - a) Wie sahen diese unterschiedlichen Auffassungen im Einzelnen aus?
 - b) Wie wurde mit ihnen umgegangen?

5. Im besagten Antwortschreiben teilen das Umweltministerium mit, dass die Behördenleitung des RP Darmstadt entschieden habe, die Erlaubnis zu versagen. Ist dies im Einklang mit dem Bergamt geschehen oder gegen dessen Willen?
6. Gab es im Rahmen des Verfahrens der Antragsprüfung seitens der Mitarbeiter des Bergamts des RPs Darmstadts förmliche Remonstrationen (Einwendung gegen eine Weisung)?
 - a) Wenn ja, wie viele Remonstrationen wurden eingereicht?
 - b) Wann wurden die Remonstrationen eingereicht?
 - c) Auf welche konkrete Weisung/Sachverhalt bezogen sich diese?
 - d) Wann erhielt das Umweltministerium davon Kenntnis?
 - e) Welchen Inhalt hatten die Remonstrationen?
 - f) Wie ist mit den Remonstrationen formell und inhaltlich umgegangen worden?
7. Bei welchen Verfahrensschritten wurde der Antragssteller wie angehört?
 - a) Ist es richtig, dass das Bergamt des Regierungspräsidiums Darmstadt die finale Fassung des ablehnenden Bescheids auf Weisung des Umweltministeriums nicht zur Anhörung/Stellungnahme an den Antragssteller senden durfte?
 - b) Wenn ja, was waren die Gründe dafür, dass das Umweltministerium darauf verzichtet hat?
 - c) In welcher Form sind die mehr als deutlichen Hinweise des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs auf die mangende Anhörung von RWE bei der Abschaltung von Biblis bei der Erlaubnisversagung des BNK-Antrags

Wiesbaden, den 29.07.2013 – g/texte/initiativen/DBA_Erdgassuche

Für die SPD-Fraktion
Der Fraktionsvorsitzende



Thorsten Schäfer-Gümbel